

Inhalt:

- ◆ Satzung der Waldgenossenschaft Bichl
 - ◆ Vollzug der Bienenseuchen-Verordnung - hier: Bekämpfung der Varroatose
 - ◆ Sitzung des Kreisausschusses am 12. März 2014
 - ◆ Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie am 18. März 2014
-

Satzung der Waldgenossenschaft Bichl

Satzung der Waldgenossenschaft Bichl in 83673 Bichl, Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen. Gemäß Art. 83 Abs. 4 der Bayerischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 und der Verordnung über Waldgenossenschaften (WGV) vom 14.11.1996 erlässt die Waldgenossenschaft Bichl folgende, mit Schreiben des Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen vom 18.02.2014 genehmigte, Satzung:

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Verfassung

1. Abschnitt: Allgemeine Bedingungen

- § 1 Name, Sitz und Art der Waldgenossenschaft
- § 2 Aufgaben
- § 3 Mitglieder
- § 4 Stimmrecht
- § 5 Organe
- § 6 Amtsverlust, Amtsniederlegung

2. Abschnitt: Mitglieder

- § 7 Rechtsstellung
- § 8 Mitgliederrechte
- § 9 Mitgliederpflichten
- § 10 Mitgliederverzeichnis

3. Abschnitt: Organe

3.a) Die Genossenschaftsversammlung

- § 11 Zusammensetzung
- § 12 Aufgaben
- § 13 Sitzungszwang, Einberufung
- § 14 Vorsitz
- § 15 Beschlussfähigkeit
- § 16 Beschlüsse, Wahlen

3.b) Vorstandschaft

- § 17 Zusammensetzung
- § 18 Aufgaben
- § 19 Sitzungszwang, Einberufung
- § 20 Vorsitz

§ 21 Beschlussfähigkeit

- § 22 Beschlussfassung

3.c) Der erste Vorstand und sein Stellvertreter

- § 23 Aufgaben
- § 24 Dringliche Anordnungen

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

Zweiter Teil:

Genossenschaftsanteile, Grundstücke, Geschäftsgang

1. Abschnitt: Genossenschaftsanteile, Grundstücke

§ 25 Einbeziehung von Grundstücken

§ 26 Verfügung über Genossenschaftsanteile, einbezogene Grundstücke und Miteigentum

§ 27 Erwerb und Veräußerung von Grundstücken

2. Abschnitt: Geschäftsgang

§ 28 Vertretung nach außen, Formvorschriften

§ 29 Schlichtung von Streitigkeiten, Schlichtungsausschuss

§ 30 Niederschriften

§ 31 Öffentliche Bekanntmachungen

§ 32 Aktenaufbewahrung

Dritter Teil: Wirtschaft und Haushalt

§ 33 Wirtschaftsführung

§ 34 Prüfungswesen

Vierter Teil: Schlussbestimmungen

§ 35 Satzungsänderungen

§ 36 Auflösung

§ 37 Entlassung von einbezogenen Grundstücken und von Mitgliedern

§ 38 Anwendung der Gemeindeordnung

§ 39 Inkrafttreten

Erster Teil: Verfassung

1. Abschnitt: Allgemeine Bedingungen

§ 1 Name, Sitz und Art der Waldgenossenschaft

- (1) Die Waldgenossenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sie führt den Namen „Waldgenossenschaft ehemaliger Teilwaldberechtigter von Bichl“ (Kurzbezeichnung: Waldgenossenschaft Bichl) und hat ihren Sitz in der Gemeinde Bichl, Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen.
- (2) Die Waldgenossenschaft ist eine Betriebsgenossenschaft mit Bruchteilseigentum im Sinne von § 4 WGV der Mitglieder. Ihr Wald ist Körperschaftswald im Sinne des Art. 3 des Waldgesetzes für Bayern.
- (3) Aufsichtsbehörde ist das Landratsamt Bad Tölz – Wolfratshausen. Die Forst-aufsicht wird vom Amt für Landwirtschaft und Forsten in Miesbach geführt.

§ 2 Aufgaben

- (1) Hauptaufgabe der Waldgenossenschaft ist die Ermöglichung der sach-gemäßen Bewirtschaftung der in die Genossenschaft einbezogenen Wald-grundstücke nach Maßgabe der waldgesetzlichen und forstwirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere die Verbesserung der forstwirtschaftlichen Erzeugung.
- (2) Die Waldgenossenschaft hat im Einzelnen insbesondere folgende weitere Aufgaben:

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- a) die Erhaltung, den Ausbau und den Neubau der Forststraßen, Zubringer- und Rückwege im Genossenschaftsgebiet,
 - b) dafür zu sorgen, dass genossenschaftseigene Grundstücke pfleglich bewirtschaftet werden,
 - c) genossenschaftseigene Ganterplätze instand zu halten,
 - d) jedem Genossen die Möglichkeit zum gemeinsamen Bezug von Forstpflanzen geeigneter Herkunft zu bieten,
 - e) die Genossen bei Wildschaden zu vertreten.
- (3) Die Waldgenossenschaft arbeitet bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit dem Amt für Landwirtschaft und Forsten in Miesbach eng zusammen.

§ 3 Mitglieder

- (1) Mitglieder der Waldgenossenschaft sind die Berechtigten, deren Nutzungsrechte mit Ablösungsbeschluss des Gemeinderates Bichl vom 09.01.1969 abgelöst worden sind.
- (2) Mitglieder sind ferner Miteigentümer oder Eigentümer von Grundstücken, die auf ihren Antrag in die Waldgenossenschaft einbezogen worden sind.
- (3) Veräußert ein Mitglied sein Eigentum, so scheidet das Mitglied aus der Genossenschaft aus. An seine Stelle tritt der Erwerber des Eigentums an dem Grundstück.
- (4) Verliert ein Mitglied das Eigentum an einem Grundstück, das in die Genossenschaft einbezogen ist, so bleibt seine Mitgliedschaft hinsichtlich der übrigen Grundstücke unberührt.

§ 4 Stimmrecht

- (1) Die Mitglieder sind je nach ihrem Miteigentumsanteil an der Genossenschaft beteiligt. Für sie werden Wertanteile (Genossenschaftsanteile) gebildet. Für je angefangene drei Hektar wird ein Anteil gewährt.
- (2) Steht ein Grundstück im Miteigentum mehrerer Berechtigter, so können diese die genossenschaftlichen Rechte aus ihm nur durch einen gemeinschaftlichen Vertreter ausüben. Dieser ist dem Vorstand schriftlich mitzuteilen.
- (3) Jeder Genossenschaftsanteil gewährt eine Stimme.

§ 5 Organe

- (1) Die Organe der Waldgenossenschaft sind
 - a) die Genossenschaftsversammlung,
 - b) die Vorstandschaft
 - c) der erste Vorstand und sein Stellvertreter.
- (2) Mitglieder der Vorstandschaft, sowie der erste Vorstand und sein Stellvertreter, müssen die Voraussetzungen des Art. 21 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) erfüllen. Sie sind ehrenamtlich tätig und haben Anspruch auf Ersatz ihrer notwendigen Auslagen. Die Genossenschaftsversammlung kann beschließen, dass ihnen eine angemessene Entschädigung gewährt wird.
- (3) Der erste Vorstand, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder der Vorstandschaft werden von der Genossenschaftsversammlung aus ihrer Mitte auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

Impressum:

- (4) Die Genossenschaft kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 6 Amtsverlust, Amtsniederlegung

- (1) Die Genossenschaftsversammlung kann den Verlust des Amtes aussprechen, wenn der erste Vorstand, sein Stellvertreter oder ein Mitglied der Vorstandschaft
- a) seine Pflichten schuldhaft vernachlässigt,
 - b) die Wählbarkeit (Art. 21 GLKrWG) verliert oder
 - c) seinen Aufgaben nicht nur vorübergehend nicht mehr nachkommen kann.
- (2) Der erste Vorstand, sein Stellvertreter und die Mitglieder der Vorstandschaft können ihr Amt aus wichtigem Grund niederlegen.
- (3) Nach Beendigung des Amtes des ersten Vorstands, seines Stellvertreters oder eines Mitglieds der Vorstandschaft wählt die Genossenschaftsversammlung unverzüglich einen Nachfolger.

2. Abschnitt: Mitglieder

§ 7 Rechtsstellung

Rechte und Pflichten der Mitglieder bemessen sich nach Ihren Genossenschafts-anteilen, soweit sich aus dieser Satzung nichts anderes ergibt.

§ 8 Mitgliederrechte

Jedes Mitglied hat das Recht,

- a) an der Genossenschaftsversammlung und an den Wahlen für die Vorstandschaft teilzunehmen,
- b) alle Einrichtungen der Waldgenossenschaft zu benutzen, sich an ihren Veranstaltungen zu beteiligen und an allen Vorteilen, welche die Waldgenossenschaft ihren Mitgliedern bietet, teilzuhaben,
- c) Einsicht zu nehmen in die Haushaltssatzung samt Anlagen (auch vor der Vorlage an die Aufsichtsbehörde), die Jahresrechnung (auch vor deren Feststellung) und die Berichte über die Prüfungen,
- d) die Niederschrift über die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und des Vorstandes einzusehen,
- e) Einsicht in die Pläne der Einzelaufgaben zu verlangen,
- f) sich an die Organe der Waldgenossenschaft und an die Aufsichtsbehörde zu wenden und Vorschläge über Ausgestaltung und Verbesserung der Tätigkeit der Waldgenossenschaft zu machen.

§ 9 Mitgliederpflichten

- (1) Jedes Mitglied hat die Pflicht,
- a) die Zwecke der Waldgenossenschaft zu fördern und alles zu unterlassen, was ihren Belangen abträglich ist,
 - b) die Bestimmungen dieser Satzung zu beachten und den ordnungsgemäß ergangenen Beschlüssen und Weisungen der Genossenschaftsorgane nachzukommen,
 - c) Maßnahmen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Waldgenossenschaft notwendig sind, auf seinen in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücken zu dulden,
 - d) Beiträge und Umlagen zu leisten und nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse besondere Leistungen (Sach- und Geldleistungen) zu erbringen,
 - e) die Wahl zu genossenschaftlichen Ämtern anzunehmen, sofern nicht ein wichtiger Grund entgegensteht,

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- f) die Erträge aus der Jagdverpachtung an die Genossenschaft abzutreten,
 - g) die auf seinen in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücken vorhandenen oder entstehenden Gefahrenherde tierischer oder pflanzlicher Art zu beseitigen,
 - h) selbstverursachte Schäden an Wegen und Wasserableitungseinrichtungen umgehend zu beseitigen.
- (2) Die Waldgenossenschaft kann ein Mitglied durch Bescheid zur Erfüllung seiner Pflichten besonders anhalten.

§ 10 Mitgliederverzeichnis

- (1) Die Waldgenossenschaft führt ein Verzeichnis der Mitglieder, aus dem Name, Anschrift und die Anzahl der jedem Mitglied zustehenden Stimmen ersichtlich sein muss. In das Verzeichnis sind auch die in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücke unter Angabe ihrer Plannummern und ihrer Größe aufzunehmen. Das Verzeichnis ist stets auf dem Laufenden zu halten. Die Aufsichtsbehörde erhält eine Abschrift des Verzeichnisses und seiner Nachträge.
- (2) Wechselt der Eigentümer der in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücke, so sind das bisherige und das neue Genossenschaftsmitglied verpflichtet, der Waldgenossenschaft die zur Ergänzung des Mitgliederverzeichnisses erforderlichen Angaben zu machen.
- (3) Die Waldgenossenschaft ist berechtigt, bis zur Anzeige nach Absatz 2 den Wechsel in der Mitgliedschaft unberücksichtigt zu lassen.

3. Abschnitt: Organe

3.a) Die Genossenschaftsversammlung

§ 11 Zusammensetzung

Die Genossenschaftsversammlung besteht aus den Mitgliedern der Waldgenossenschaft.

§ 12 Aufgaben

Die Genossenschaftsversammlung beschließt über alle wesentlichen Angelegenheiten der Waldgenossenschaft, insbesondere über:

- a) Änderung der Satzung
- b) grundsätzliche Fragen der Waldbewirtschaftung,
- c) die Festsetzung der jährlichen Haushaltssatzung samt Anlagen,
- d) die Feststellung der Jahresrechnung und die Entlastung,
- e) die Verteilung der Walderträge und Reineinnahmen,
- f) die Festsetzung der Beiträge und Umlagen,
- g) die Heranziehung der Mitglieder zu besonderen Leistungen,
- h) die Verlustdeckung und Umlegung der Verlustanteile auf die Mitglieder,
- i) die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften und den Abschluss von Rechtsgeschäften verwandter Art,
- j) die Genehmigung der etwaigen Geschäftsordnung,
- k) den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
- l) den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von sonstigem Genossenschaftseigentum,

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- m) alle ihr vom Vorstand unterbreiteten Angelegenheiten, soweit nicht die Zuständigkeit auf die Vorstandschaft oder den 1. Vorstand übertragen ist,
- n) die Bestellung von Sachverständigen bei örtlichen Rechnungs- und Kassenprüfungen,
- o) den Antrag an die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes auf Vornahme einer überörtlichen Rechnungsprüfung oder einer überörtlichen Kassenprüfung,
- p) die Wahl der Vorstandschaft, des ersten Vorstands und seines Stellvertreters,
- q) die Wahl des Kassiers, des Schriftführers, sowie der 3 Beisitzer,
- r) die Wahl der zwei örtlichen Kassenprüfer aus ihrer Mitte für die örtliche Kassen- bzw. Rechnungsprüfung,
- s) die Wahl eines etwaigen Schlichtungsausschusses,
- t) Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Waldgenossenschaft der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf,
- u) eine allgemeine Regelung der Bezüge der Genossenschaftsbediensteten.

§ 13 Sitzungszwang, Einberufung

- (1) Die Genossenschaftsversammlung beschließt in Sitzungen.
- (2) Der erste Vorstand, bei Verhinderung sein Stellvertreter, beruft die Genossenschaftsversammlung mindestens einmal im Jahr ein. Sie ist ferner innerhalb einer angemessenen Frist einzuberufen, wenn die Aufsichtsbehörde, der Vorstand, oder eine Anzahl von Mitgliedern, die zusammen über mindestens ein Viertel der Gesamtstimmen verfügen, die Einberufung unter Angabe der Beratungsgegenstände verlangen. Während der Ferien- und Haupterntezeit kann die Einberufung nicht verlangt werden.
- (3) Die Genossenschaftsversammlung wird durch schriftliche Benachrichtigung mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen einberufen. In dringenden Fällen kann die Frist auf drei Tage verkürzt werden. Die Beratungsgegenstände sind mit der Ladung bekanntzugeben. Die Aufsichtsbehörde ist rechtzeitig zu benachrichtigen.

§ 14 Vorsitz

Der erste Vorstand, bei Verhinderung sein Stellvertreter, führt den Vorsitz in der Genossenschaftsversammlung.

§ 15 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Genossenschaftsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens ein Viertel der Mitglieder oder eine Anzahl von Mitgliedern, die zusammen über ein Viertel der Genossenschaftsanteile verfügt, erschienen ist.
- (2) Bei Beschlussunfähigkeit ist die Genossenschaftsversammlung binnen vier Wochen zur Beratung über den gleichen Gegenstand erneut einzuberufen. Sie kann ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschließen, wenn in der wiederholten Ladung mitgeteilt worden ist, dass ungeachtet der Zahl der anwesenden Mitglieder Beschlüsse gefasst werden können.
- (3) Ein Mitglied kann sich in der Genossenschaftsversammlung vertreten lassen. Die Vollmacht bedarf der Schriftform. Sie gilt nur für eine, in ihr bezeichnete Sitzung und ist beim Vorstand bei Beginn der Versammlung zu hinterlegen.

§ 16 Beschlüsse, Wahlen

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- (1) Die Genossenschaftsversammlung beschließt in offener, gleicher Abstimmung; Beschlüsse sind geheim abzustimmen, wenn anwesende Mitglieder, die zusammen mindestens 50 % der anwesenden Genossenschaftsanteile besitzen, eine geheime Abstimmung verlangen.
Der Beschlussvorschlag muss so abgefasst sein, dass mit Ja oder Nein gestimmt werden kann. Der Vorschlag ist angenommen, wenn mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte für den Beschlussvorschlag abgegeben werden. Stimmenthaltung gilt als Nein.
- (2) Beschlüsse über Änderungen der Satzung der Genossenschaft bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Genossenschaftsanteile.
- (3) Die Genossenschaftsversammlung wählt den ersten Vorstand und seinen Stellvertreter in geheimer Wahl. Die anderen Mitglieder der Vorstandschaft werden in offener, gleicher Wahl durch Handzeichen bestimmt; eine oder mehrere dieser Wahlen sind geheim abzuhalten, wenn anwesende Mitglieder, die zusammen mindestens 50 % der anwesenden Genossenschaftsanteile besitzen, eine geheime Abstimmung verlangen.
Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Leere Stimmzettel sind ungültig. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

3.b) Vorstandschaft

§ 17 Zusammensetzung

Die Vorstandschaft besteht aus dem ersten Vorstand und seinem Stellvertreter, einem Kassier, einem Schriftführer und drei Beisitzern.

§ 18 Aufgaben

- (1) Die Vorstandschaft verwaltet die Waldgenossenschaft, soweit nicht die Genossenschaftsversammlung oder der erste Vorstand zuständig sind. Sie überwacht die Führung der laufenden Geschäfte. Die Vorstandschaft erledigt weiter die Aufgaben, die ihr die Satzung zuweist.
- (2) Die Vorstandschaft beschließt über die etwaige Anstellung von Angestellten und Arbeitern.

§ 19 Sitzungszwang, Einberufung

- (1) Die Vorstandschaft beschließt in Sitzungen.
- (2) Der erste Vorstand, bei Verhinderung sein Stellvertreter, beruft die Vorstandschaft zu den Sitzungen ein. Eine Sitzung ist unverzüglich einzuberufen, wenn die Aufsichtsbehörde oder mindestens zwei Vorstandsmitglieder die Einberufung verlangen.
- (3) Die Vorstandsmitglieder sollen mindestens drei Tage vor der Sitzung unter Angabe der Beratungsgegenstände geladen werden.

§ 20 Vorsitz

Der erste Vorstand, bei Verhinderung sein Stellvertreter, führt den Vorsitz in der Vorstandschaft.

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

§ 21 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Vorstandschaft ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte der Mitglieder erschienen sind.
- (2) Bei Beschlussunfähigkeit ist die Vorstandschaft binnen vier Wochen zur Beratung über den gleichen Gegenstand erneut einzuberufen. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

§ 22 Beschlussfassung

Die Vorstandschaft beschließt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

3.c) Der erste Vorstand und sein Stellvertreter

§ 23 Aufgaben

- (1) Der erste Vorstand erledigt
 - a) die laufenden Angelegenheiten, die für die Genossenschaft keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen,
 - b) die ihm durch die Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.
- (2) Der erste Vorstand ist insbesondere verpflichtet,
 - a) die Genossenschaftsversammlungen und die Vorstandschaft einzuberufen und die Sitzungen vorzubereiten,
 - b) die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und der Vorstandschaft durchzuführen oder die Durchführung zu überwachen,
 - c) die Genossenschaftsversammlung und die Vorstandschaft über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten.
- (3) Der erste Vorstand führt die Dienstaufsicht und ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten der Genossenschaft. Ihm obliegt die Überwachung der Kasse. Er ist berechtigt, eine überörtliche Kassenprüfung durch die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes zu beantragen.

§ 24 Dringliche Anordnungen

Der erste Vorstand ist befugt, an Stelle der Genossenschaftsversammlung oder der Vorstandschaft dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen. Hiervon hat er der Genossenschaftsversammlung oder der Vorstandschaft in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

Zweiter Teil: Genossenschaftsanteile, Grundstücke, Geschäftsgang

1. Abschnitt: Genossenschaftsanteile, Grundstücke

§ 25 Einbeziehung von Grundstücken

- (1) In die Waldgenossenschaft sind die Grundstücke einbezogen, mit denen die bisherigen Berechtigten bei der Ablösung ihrer Nutzungsrechte abgefunden worden sind.

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- (2) Auf Antrag eines Mitglieds oder eines anderen Grundstückseigentümers können weitere Grundstücke in die Waldgenossenschaft einbezogen werden, wenn es der Durchführung der Genossenschaftsaufgaben förderlich ist. Steht das weitere Grundstück im Miteigentum mehrerer Berechtigter, so müssen sie den Antrag gemeinsam stellen. Über die Einbeziehung entscheidet die Vorstandschaft.

§ 26 Verfügung über Genossenschaftsanteile, einbezogene Grundstücke und Miteigentum

- (1) Der Genossenschaftsanteil folgt dem Eigentum bzw. Miteigentum am Grundstück. Er kann nicht zum Gegenstand selbstständiger Rechte und Pflichten gemacht werden.
- (2) Bei Veräußerung von einbezogenen Grundstücken hat an erster Stelle die Genossenschaft, an zweiter Stelle die Gemeinde, in deren Gemarkung das Grundstück liegt, ein dingliches Vorkaufsrecht. Der Genossenschaft wird das Recht eingeräumt, die Ausübung des Vorkaufsrechtes den Mitgliedern zu überlassen und dabei zuerst den Miteigentümern (Konsorten).
- (3) Hat ein Genosse die Absicht, einbezogene Grundstücke oder Teile davon zu veräußern, so hat er dies dem ersten Vorstand schriftlich anzuzeigen. Der erste Vorstand ist verpflichtet, die Veräußerungsabsicht eines einbezogenen Grundstücks unverzüglich der Vorstandschaft anzuzeigen.
- (4) Der Genosse hat zunächst der Waldgenossenschaft den Inhalt des mit dem Dritten zu schließenden Vertrages unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung des Genossen wird durch die Mitteilung des Dritten ersetzt. Das Vorkaufsrecht kann durch die Waldgenossenschaft nur bis zum Ablauf von vier Wochen nach dem Empfang der Mitteilung ausgeübt werden.
- (5) Verzichtet die Waldgenossenschaft auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechtes, so hat der Genosse der Gemeinde den Inhalt des mit dem Dritten zu schließenden Vertrages unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung des Genossen wird durch die Mitteilung des Dritten ersetzt. Das Vorkaufsrecht kann von der Gemeinde bis zum Ablauf von vier Wochen nach dem Empfang der Mitteilung ausgeübt werden.
- (6) Die rechtsgeschäftliche Veräußerung eines in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücks oder des Miteigentums an ihm bedarf der Genehmigung der Genossenschaft und der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn durch die Veräußerung die weitere Erfüllung der Genossenschaftsaufgaben beeinträchtigt wird. Ist ein Mitglied Eigentümer oder Miteigentümer mehrerer einbezogener Grundstücke, so darf es sie auch einzeln veräußern.
- (7) Die Verpfändung oder die sicherungsweise Abtretung eines in die Genossenschaft einbezogenen Grundstücks ist unzulässig. Gleiches gilt für das Miteigentum an einem solchen Grundstück.
- (8) Die freie Verfügung von Todes wegen oder die Übergabe im Zuge einer Betriebsnachfolge bleiben unberührt.

§ 27 Erwerb und Veräußerung von Grundstücken

- (1) Die Waldgenossenschaft kann mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde Grundstücke erwerben. Solange Grundstücke im Eigentum der Genossenschaft stehen, ruht das Stimmrecht.
- (2) Die Veräußerung von Grundstücken der Genossenschaft ist nur zulässig, wenn dadurch die weitere Erfüllung der Genossenschaftsaufgaben nicht beeinträchtigt wird. Die Veräußerung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Impressum:

2. Abschnitt: Geschäftsgang

§ 28 Vertretung nach außen, Formvorschriften

- (1) Der erste Vorstand vertritt die Waldgenossenschaft nach außen.
- (2) Erklärungen, durch welche die Waldgenossenschaft verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind handschriftlich zu unterzeichnen.

§ 29 Schlichtung von Streitigkeiten, Schlichtungsausschuss

- (1) Zur Schlichtung von Streitigkeiten der Mitglieder untereinander, zwischen Mitgliedern und Genossenschaftsorganen und der Genossenschaftsorgane untereinander in Genossenschaftsangelegenheiten, kann von der Genossenschaftsversammlung ein aus drei Mitgliedern bestehender Schlichtungsausschuss gewählt werden. Der Ausschuss hat die Aufgabe, eine gütliche Einigung vorzuschlagen. In jedem Streitfall ist der Aufsichtsbehörde Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (2) Für den Schlichtungsausschuss gelten die §§ 19 und 21 entsprechend. Der erste und zweite Vorstand und die Mitglieder der Vorstandschaft können nicht Mitglieder des Schlichtungsausschusses sein.

§ 30 Niederschriften

Die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und der Vorstandschaft sind niederzuschreiben. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Sie bedarf der Genehmigung der Genossenschaftsversammlung bzw. der Vorstandschaft.

§ 31 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen und Verordnungen sind durch den ersten Vorstand auszufertigen und amtlich bekannt zu machen.
- (2) Die amtliche Bekanntmachung erfolgt durch Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Bad Tölz – Wolfratshausen.

§ 32 Aktenaufbewahrung

Akten der Waldgenossenschaft, die archivarischen Wert besitzen, sind, soweit sie nicht mehr benötigt werden, der Gemeinde Bichl zur Aufbewahrung im Gemeindearchiv zu übergeben.

Dritter Teil: Wirtschaft und Haushalt

§ 33 Wirtschaftsführung

- (1) Die Genossenschaftsversammlung kann im Umfang der zu ziehenden Nutzungen und etwa erforderlicher Arbeitsleistungen Geldbeiträge der Mitglieder bestimmen. Sie bestimmt, in welchem Ausmaß Walderträge und Reineinnahmen an die Mitglieder verteilt oder zur Deckung von Kosten und zur Bildung von Rücklagen verwendet werden.

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

- (2) Das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen wird nach den Grundsätzen der Gemeindeordnung geführt. Die Waldgenossenschaft hat jährlich eine Haushaltssatzung mit dazugehörigem Haushaltsplan zu erlassen. Der Haushaltsplan gliedert sich in Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Für das örtliche Prüfungswesen gilt § 34. Für das überörtliche Prüfungswesen gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung.

§ 34 Prüfungswesen

- (1) Die Jahresrechnung bzw. Kassenprüfung wird von den zwei gewählten Kassenprüfern nach Abschluss des Haushaltsjahres örtlich geprüft.
- (2) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten stellt die Genossenschaftsversammlung die Richtigkeit der Kasse fest und beschließt gleichzeitig über die Entlastung.
- (3) Der erste Vorstand kann die Kasse einmal jährlich unvermutet prüfen. Er kann ein Mitglied der Vorstandschaft beteiligen.
- (4) Über die Prüfungen sind Niederschriften aufzunehmen. Zu den Prüfungen können Sachverständige zugezogen werden.

Vierter Teil: Schlussbestimmungen

§ 35 Satzungsänderungen

Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Sie sind gemäß § 31 der Satzung bekanntzumachen.

§ 36 Auflösung

- (1) Ist die Hauptaufgabe der Waldgenossenschaft (§ 2 Abs. 1 der Satzung) unerfüllbar geworden, oder sinkt die Zahl der Mitglieder unter drei, so löst die Aufsichtsbehörde gemäß § 7 Abs. 2 WGV von Amts wegen die Waldgenossenschaft auf.
- (2) Der erste Vorstand wickelt die Geschäfte der Waldgenossenschaft ab. Die Genossenschaftsversammlung kann auch andere Personen mit der Abwicklung betrauen. Diese haben die rechtlichen Befugnisse eines ersten Vorstandes, soweit sich nicht aus dem Zweck der Abwicklung ein anderes ergibt. Sie vertreten die Waldgenossenschaft nach außen. Sind nur noch zwei Mitglieder vorhanden, bleibt Ihnen die Auseinandersetzung des Genossenschaftsvermögens überlassen. Absatz 4 Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn keines der Mitglieder die Grundstücke der Waldgenossenschaft selbst zu Eigentum erwerben will.
- (3) Mit der Abwicklung endet die Einbeziehung der Grundstücke der Mitglieder.
- (4) Die Waldgrundstücke der Waldgenossenschaft sind möglichst an einen einzigen Erwerber zu veräußern. Bei der Veräußerung hat die Gemeinde Bichl das Vorkaufsrecht. Übt die Gemeinde das Vorkaufsrecht nicht aus, so wird das Vorkaufsrecht dem meistbietenden Genossenschaftsmitglied übertragen. Bei gleichem Gebot wird durch Los entschieden.

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ♦ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ♦ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

§ 37 Entlassung von einbezogenen Grundstücken und von Mitgliedern

- (1) Auf Antrag wird ein Mitglied nach Maßgabe der Satzung mit seinen Grundstücken (Grundstücksteilen) von der Aufsichtsbehörde aus der Waldgenossenschaft entlassen, wenn andere Vorschriften nicht entgegenstehen.
- (2) Mitglieder nach § 3 Abs. 2 der Satzung können durch Beschluss der Genossenschaftsversammlung mit den einbezogenen Grundstücken auch ohne Antrag wieder entlassen werden, wenn die Weiterbewirtschaftung die Erfüllung der genossenschaftlichen Aufgaben erheblich erschweren würde. Entsprechendes gilt für die gemäß § 25 Abs. 2 der Satzung einbezogenen Grundstücke von Mitgliedern.

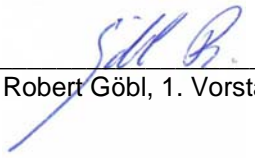
§ 38 Anwendung der Gemeindeordnung

Soweit diese Satzung keine Bestimmungen trifft, gelten ergänzend die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern und die zu ihrer Ausführung ergangenen Vorschriften.

§ 39 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 15.07.1973 außer Kraft.

Bichl, den 20.02.2014



Robert Göbl, 1. Vorstand

Diese Satzung wurde durch das Landratsamt mit Schreiben vom 18.02.2014
(Az.: 41.103-7414 K) genehmigt.

Tierseuchenrecht Vollzug der Bienenseuchen-Verordnung hier: Bekämpfung der Varroatose

Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen – Verbraucherschutz – Veterinärmedizin – erlässt folgende

Allgemeinverfügung:

1. Im Gebiet des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen sind alle Bienenvölker nach Trachtende mit zugelassenen Mitteln gegen Varroatose zu behandeln.
2. Frei verkäufliche und apothekenpflichtige, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel zur Bekämpfung der Varroatose können beim Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen – Verbraucherschutz – Veterinärmedizin – unter Angabe der einzelnen Imker mit Name und Adresse, der jeweiligen Menge der bestellten Varroatosebekämpfungsmittel und der aktuellen Zahl der Bienenvölker (keine Sammelbestellungen von Ortsvereinen) bestellt werden.

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

3. Die vorstehende Allgemeinverfügung (Ziff. 1 und 2) gilt für das Behandlungsjahr 2014 / 2015.
4. Diese Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.
5. Kosten werden nicht erhoben.

Gründe:

1. Die örtliche und sachliche Zuständigkeit des Landratsamtes Bad Tölz - Wolfratshausen zum Erlass dieser Allgemeinverfügung ergibt sich aus Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der 2. Verordnung zum Vollzug des Tierseuchenrechts und Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
2. Die Festsetzung der angeordneten Schutzmaßnahmen stützt sich auf § 15 Abs. 2 der Bienenseuchen-Verordnung.
3. Zum Schutz gegen die Varroatose ist die Behandlung aller Bienenvölker im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit zugelassenen Bekämpfungsmitteln nach Trachtende notwendig. Die Behandlung ist erforderlich, da es im öffentlichen Interesse liegt, eine Weiterverbreitung der Varroatose wirksam zu unterbinden. Das öffentliche Interesse an einer wirksamen Bekämpfung der Varroatose und dem damit verbundenen Schutz von erheblichen Vermögenswerten überwiegt das Einzelinteresse einzelner Imker. Die Varroamilbe kann mehrere Jahre unerkannt in einem Bienenvolk parasitieren, ehe es (nach Überhandnehmen des Milbenbefalls) zu Krankheitserscheinungen und starken Verlusten und möglicherweise zum totalen Zusammenbruch von Bienenvölkern kommt.
4. Die Kostenfreiheit dieser Allgemeinverfügung ergibt sich aus Art. 7 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts.
5. Die Anfechtung dieser Allgemeinverfügung hat gemäß § 80 Ziff. 2 i.V.m. § 23 Tierseuchengesetz und § 15 Abs. 2 der Bienenseuchen-Verordnung keine aufschiebende Wirkung.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem **Bayerischen** Verwaltungsgericht in München, Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München, Hausanschrift: Bayerstr. 30, 80335 München, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (das ist der Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweis zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren in diesem Bereich abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen. Die Klageerhebung durch E-Mail ist unzulässig. Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Bad Tölz, 06.03.2014

Landratsamt
Dr. Wurm
VetD

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen

43. Sitzung des Kreisausschusses

am Mittwoch den **12.03.2014** um **14:00 Uhr**

Ort: kleiner Sitzungssaal, Landratsamt Bad Tölz, Prof.-Max-Lange-Platz 1

Tagesordnung:

- 1 Kommunales Schulden- und Finanzmanagement; Bericht über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Zinssteuerung im Haushaltsjahr 2013
- 2 Teilnahmeregelung für die Erstteilnahme der Städte / der Gemeinden am erweiterten Probebetrieb Digitalfunk durch den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
- 3 Schulzentrum Bad Tölz – Errichtung/Neubau einer Turnhalle
- 4 Förderzentrum und Realschule Bad Tölz – Neue Schließzeitenregelung für das Hallenbad
- 5 Anfragen, Mitteilungen

Josef Niedermaier
Landrat

21. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie

am Dienstag den **18.03.2014** um **14:00 Uhr**

Ort: großer Sitzungssaal, Landratsamt Bad Tölz, Prof.-Max-Lange-Platz 1

Tagesordnung:

- 1 Vereinbarungen mit freien Trägern und Gemeinden nach § 72a (4) SGB VIII – Modifizierung der Vorgehensweise
- 2 Rückschau auf die letzten fünf Jahre – Vorstellung einiger ausgewählter Maßnahmen und Projekte
- 3 Anfragen, Mitteilungen

Josef Niedermaier
Landrat

Impressum:

Herausgeber: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1, 83646 Bad Tölz ◇ Verantwortlich: Landrat Josef Niedermaier, Redaktion: Büro des Landrats ◇ Das Amtsblatt ist über unsere Internetseite www.lra-toelz.de beziehbar oder als Druckversion unter angegebener Adresse zu bestellen